



## Antrag 77/I/2018

### Beschluss

Überweisung an: FA V – Stadt des Wissens  
Jusos LDK  
Der Landesparteitag möge beschließen:

### **Back to School! Progressive Lösungsstrategien gegen Schulschwänzen.**

Berlin führt die bundesweite Statistik der Schulschwänzer\*innen an – und die Zahlen sind in den letzten Jahren gestiegen. Die aktuellen Lösungsvorschläge und Maßnahmen gegen dieses Phänomen führen jedoch weder zum Erfolg, noch entsprechen sie unseren Vorstellungen eines zwangsfreien Schulsystems. Statt sich auf Ursachenbekämpfung zu konzentrieren, drohen Sanktionen für Schüler\*innen und Eltern, unabhängig von den Gründen für das Fernbleiben von der Schule.

Die Ursachen für Schulschwänzen sind jedoch vielfältig. Es ist eine Ausdrucksform und Folge von verschiedenen Problemkonstellationen und inneren Systems der Schüler\*innen. Die Gründe können Überforderung und Leistungsdruck, Unterforderung und Langeweile im Unterricht, Mobbing und Versagensängste sein.

In Berlin zeigt sich, dass trotz Sanktionen, die Zahlen der Schulversäumnisanzeigen vom Schuljahr 2015/16 (7.052) zum Schuljahr 2016/2017 (7.725) gestiegen sind. Das liegt zum einen an den verschärften Regeln, die vorsehen, dass Schulen dem Schulamt per Versäumnisanzeige melden müssen, wenn ein\*e Schüler\*in fünf Tage im Halbjahr unentschuldigt fehlt. Auf der anderen Seite sind die Zahlen durch das härtere Vorgehen und Bußgelder bis zu 2.500 Euro für die Eltern nicht zurückgegangen, sodass es sich nicht um ein erfolgreiches Instrument handelt.

Die seit 2004 geltenden Regeln werden in den Berliner Bezirken zudem unterschiedlich konsequent durchgesetzt. Während Neukölln die meisten Bußgelder und polizeiliche Maßnahmen gegen Schüler\*innen verbuchen kann, verzichten Friedrichshain-Kreuzberg und Treptow-Köpenick gänzlich auf Bußgelder. Steglitz-Zehlendorf setzt auf einen Modellversuch mit kleinen Klassen, in denen Schüler\*innen in den Schulalltag zurückgeführt werden sollen, da diese die Schüler\*innen stigmatisieren und nicht auf die individuellen Bedürfnisse, wie z.B. Unterforderung eingehen.

Für die Mehrheit der Schulschwänzer\*innen geht es nicht um Wegbleiben-Wollen sondern um Nicht-da-sein-können. Für uns trägt auch das aktuelle Schulsystem zu den oben genannten Ursachen bei. Nur ein grundlegend anderes Schulsystem, wie wir Jusos es fordern, kann das Problem grundsätzlich lösen. Ein Schulsystem, das die Schüler\*innen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung in den Mittelpunkt stellt und frei von Leistungszwängen und Versagensängsten ist, behebt zahlreiche Ursachen für Schulschwänzen.

Auf dem Weg dorthin wollen wir die Schulschwänzer\*innen entstigmatisieren und entkriminalisieren.

Deshalb fordern wir:

- Bußgelder für Eltern von Schulschwänzer\*innen gänzlich abschaffen
- Kürzungen von Kindergeld oder anderen Sozialleistungen lehnen wir ab
- Temporäre Kleinklassen, in denen Schulschwänzer\*innen getrennt unterrichtet werden lehnen wir ab
- flächendeckend Beratungsangebote als erste zuständige Stelle für Schulschwänzer\*innen ausbauen
- flächendeckend mehr Schulpsycholog\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen einstellen, um zielgerichtet im Klassenverband unterstützend zu wirken. und neue Stellen schaffen
- im Rahmen der Beratung oder Hilfeleistung darf das Verhalten von Schüler\*innen weder stigmatisiert noch verurteilt werden
- als erstes Ziel sollen die individuellen Beweggründe des Schulschwänzens ermittelt werden und den individuellen Ursachen entsprechend gehandelt werden.
- ein Meldesystem an den Schulen etablieren, um Schulschwänzer\*innen frühzeitig zu erkennen



**SPD BERLIN**  
**ANTRÄGE UND BESCHLÜSSE**

- ein Vorgehen aller Bezirke orientiert am Beispiel-Handlungsplan der Senatsverwaltung für Bildung mit Handlungsspielraum für an den jeweiligen bezirklichen Sozialstrukturen angepasste Maßnahmen, ergänzt um regelmäßigen Best-Practice-Austausch zwischen den Schulämtern
- in dem festzustellenden Fall, dass Schüler\*innen regelmäßig nicht am Unterricht teilnehmen, da die Anreise an die Schule oder der Heimweg durch die Erziehungsberechtigten nicht ermöglicht wird (z.B. wenn der Schulweg zu Fuß unverhältnismäßig lang wäre), ist dem\*der Schüler\*in ein entsprechendes, nicht übertragbares Ticket für den ÖPNV zu finanzieren und auszuhändigen. Die entstehenden Kosten sind den Erziehungsberechtigten in Rechnung zu stellen, bis diese dem\*der Schüler\*in selbst ein Ticket zur Verfügung stellen oder die Anreise anderweitig organisieren.
- Ausbau des pädagogischen Personals an/in Schulen/Bezirksämtern, das sich in angemessener Weise den individuellen Situationen der vom Unterricht ferngebliebenen widmet
- Es sollen spezielle Fördermaßnahmen entwickelt werden, um den Schwänzer\*innen die Möglichkeit zu geben, Inhalte nachzuholen, bei denen sie aufgrund der Fehlstunden ein Defizit ausgebildet haben